

IRAK-KRISE

„Militärisches Vorgehen als letztes Mittel“

Rede der Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Dr. Angela Merkel MdB, auf der XXXIX. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 08.02.2003.

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

als diese Konferenz vor einem Jahr zusammentrat, stand sie noch ganz unter dem Eindruck des 11. Septembers. Die USA führten eine weltweite Anti-Terrorallianz an. Damals stand die Bedrohung klar vor unser aller Augen. Einigkeit und Entschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft waren stark und sichtbar.

Wie sieht es heute, ein Jahr später aus? Die Bedrohungslage scheint vielen unklarer geworden zu sein. Die Einigkeit und Entschlossenheit des 11. Septembers ist inzwischen schweren Zweifeln und Spannungen ausgesetzt. Die Irak-Krise erhitzt die Gemüter und spaltet die Geister. Es geht um die Frage, erstens: Kann oder muss die Irak-Krise im Kontext des Kampfes gegen den Terrorismus gesehen werden? Und Zweitens: Kann man von vorneherein bestimmte Mittel der Reaktion ausschließen? Bei der Antwort auf diese Fragen ringt Europa um seine Handlungsfähigkeit. Die transatlantische Partnerschaft steht auf dem schwersten Prüfstand seit der Nachrüstungsdebatte Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Ich sage dazu: Es ist nicht der Tag, die Dinge schön zu reden. Man muss der Realität ins Auge schauen, um die Gefahr zu erkennen und zu bannen. Denn bei der Auseinandersetzung über den richtigen Kurs im Irak-Konflikt geht es in Wahrheit um den Nukleus unserer bisherigen sicherheitspolitischen Grundsätze. Es geht darum, die richtige Antwort auf zwei fundamentale Änderungen der internationalen Sicherheitslage seit dem Ende des Kalten Krieges zu geben.

Erstens: An die Stelle eines weltumspannenden, aber berechenbaren Konfliktes zweier Supermächte und zweier Gesellschaftsentwürfe sind viele verschiedene, höchst unübersichtliche Krisenherde und eine einzige Supermacht getreten. Europa sucht in dieser Welt seine Rolle.

Zweitens: Fortschreitende Proliferation von Massenvernichtungswaffen und halbstaatlicher Terrorismus haben den Charakter von Vorbeugung und Verteidigung wesentlich verändert. Es handelt sich um den größten qualitativen Wandel seit der Erfindung der Nuklearwaffe vor über einem halben Jahrhundert. Das europäische Denken sucht in dieser Welt neue Maßstäbe für erlaubte Gegenwehr.

Die suchenden Europäer treffen auf eine USA, die offenbar auf die neuen Gefahren besser vorbereitet ist. Europa und insbesondere Deutschland tun sich schwer mit der neuen Situation. Noch treiben uns zwar unser Instinkt und unser Selbstverständnis dazu, gemeinsame Antworten zu finden. Für dauerhaft tragfähige Lösungen müssen wir uns aber zugleich nüchtern Rechenschaft über unsere europäischen Interessen und Fähigkeiten ablegen.

Welche Wege stehen Europa zur Verfügung, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten und zugleich der Verantwortung für den internationalen Frieden gerecht zu werden? Welches Konzept kann selbst in so gefährlichen und komplexen Krisenlagen wie dem Irak-Konflikt ehrlich bestehen?

Machen wir einmal das Gedankenexperiment, dass Europa sich ein eigenständiges, umfassendes Sicherheitssystem für alle Bedrohungskonstellationen zulegt. Europa hielte sein Schicksal dann weitgehend selbst in der Hand - im Guten wie im Schlechten.

Konkret heißt das, dass ein funktionsfähiges, umfassendes Sicherheitssystem der Europäer zum einen eine gemeinsame Institution erfordert, die gerade in Krisenzeiten die volle Autorität zur politischen Führung besitzt. Zudem erfordert ein Sicherheitssystem der Europäer eine allseits akzeptierte Definition der Sicherheitsinteressen Europas - im geographischen, wirtschaftlichen und militärischen Sinne. Schließlich erfordert es starke einsatzfähige Schutzinstrumente, also die volle Bandbreite von modernen Streitkräften, Aufklärungsmitteln und Diplomatie.

Leider ist unschwer zu erkennen, dass Europa von allen drei Punkten - Institution, Wille und Fähigkeit - Jahrzehnte entfernt ist. Die Entwicklung der letzten Wochen lassen dies selbst den größten Optimisten erkennen. Ich will die Anstrengungen der EU in der ESVP und beim Ringen um stärkere außenpolitische Institutionen gar nicht gering schätzen. Dennoch: Es wird in keiner europäischen Hauptstadt bestritten, dass Europa mehr für die internationale Sicherheit tun muss. Allerdings ist ebenso deutlich geworden, dass die Europäer den Status des global player in Sicherheitsfragen weder theoretisch anstreben noch praktisch in absehbarer Zeit umsetzen können. Schon mit den jetzigen Aufgaben ist Europa stark gefordert.

Wenn aber Europa seine Sicherheit nicht im Alleingang gewährleisten will und kann, dann bleibt als verantwortliche Alternative nur das Eintreten in einen Sicherheitsverbund. Auch das hat weitreichende Konsequenzen. Als erstes muss der Sicherheitspartner sorgfältig ausgewählt werden. In Frage kommt nur derjenige, der am ehesten unsere Interessen und unsere gesellschaftlichen Grundüberzeugungen teilt. Das sind - bei allen Unterschieden - ganz ohne Zweifel die Vereinigten Staaten von Amerika, zusammen mit Kanada. Kein anderer Staat der Welt könnte einen auch nur halbwertigen Ersatz bieten.

Das westliche Europa befindet sich zwar schon seit 1948 in einem Sicherheitsverbund, nämlich der NATO; bis zum Ende des Kalten Krieges handelte es sich de facto jedoch nicht um ein System gegenseitiger Sicherheit. Die Europäer waren vielmehr fast ausschließlich Importeur, die USA dagegen Exporteur von Sicherheit. Und die Deutschen wiederum waren die größten Nutznießer des ganzen Systems.

Vielfach ist beschrieben worden, dass mit der Ausrufung des Bündnisfalles nach dem 11. September zugunsten der USA das erste Mal die bisher lediglich theoretisch angelegte Gegenseitigkeit der NATO zum Leben erweckt worden ist. Das wiederum zwingt auch Deutschland verstärkt, seine Rolle in Europa und der Welt neu zu definieren.

Ich erwähne das, um eine weitere Konsequenz der neuen Zeit nach 1989 und nach dem 11. September deutlich zu machen: Wer sich auf einen Sicherheitsverbund einlässt, der kann die gemeinsame Sicherheit nicht mehr isoliert definieren. Das bedeutet nicht, dass man sich nicht auch auf Zonen der gemeinsamen Verantwortlichkeit und solche der vorrangigen Verantwortlichkeit einer Seite einigt. Die Abwehr der Gefahrenherde des internationalen Terrors, insbesondere in der Kombination mit Massenvernichtungswaffen, lässt sich jedoch weder geographisch noch politisch noch technischpraktisch in getrennte Verantwortungszonen einteilen. Sie sind immanenter Teil der ganzen Sicherheitspartnerschaft.

Ob es uns gefällt oder nicht: Wenn der Partner im Sicherheitsverbund bedroht ist, dann ist das auch unsere Angelegenheit. Die Bedrohung eines Partners, die Bedrohung der USA ist spätestens am 11. September offenbar geworden. Sie ist real, nicht fiktiv. Auch die Bedrohung durch die Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein ist real, nicht fiktiv. Die aus dieser Bedrohung entstehende Gefahr kann uns alle treffen.

Der transatlantische Sicherheitsverbund kann in dieser Situation nur funktionieren, wenn sich die Partner auf eine kluge und faire Aufgabenteilung verständigen. Klugheit bedeutet: Nicht jeder muss alles können, nein, jeder sollte seine besonderen Fähigkeiten einbringen. Fairness bedeutet, dass nicht die unangenehmen Aufgaben bei einer Seite allein hängen bleiben. Das ist Allgemeingut, aber in diesen Monaten zeigt es sich, dass von der Erkenntnis bis zur Umsetzung noch ein weiter Weg zu gehen ist.

Ich will auf zwei Dinge hinweisen, die mir dabei zentral erscheinen: Erstens macht mir der riesige Rückstand der Europäer bei Aufklärungsmitteln und Informationstechnologie Sorge. Das Pentagon gibt für Forschung und Entwicklung rund vier Mal so viel aus wie alle Europäer zusammen (ca. 40 Mrd. Dollar zu 10 Mrd. Dollar) und der amerikanische FuE-Aufwand ist damit fast doppelt so groß wie der gesamte deutsche Verteidigungsetat (ca. 40 Mrd. Dollar zu 24 Mrd. Dollar). Wir konstatieren einen technologischen Abstand gegenüber den USA von ca. 10 Jahren. Das sind Welten. Die Europäer wissen viel zu wenig, welche Gefahren sich in den Krisenherden der Welt entwickeln. Spätestens seit dem 11. September jedoch ist klar: Vorher-Wissen heißt Leben retten.

Zweitens: Es gibt den bekannten Satz über die zukünftige internationale Arbeitsteilung: "The US will fight, the UN will feed and the EU will fund." Wir Europäer sollten alles tun, dass es dazu nicht kommt. Weder würde Europa dadurch wesentliche Mitspracherechte reklamieren können, noch würde es die Bereitschaft der Amerikaner stärken, auf die Europäer zu hören. Eine solche Arbeitsteilung griffe das europäische Selbstverständnis tief an. Aber das heißt dann im Umkehrschluss, dass Europa auch bereit sein muss, sich an militärischen Maßnahmen als ultima ratio zu beteiligen. Teilhabe an Entscheidungen erfordert Teilhabe am Risiko.

Eine kluge und faire Aufgabenteilung ist nicht nur das Gebot im transatlantischen, sondern ebenso im innereuropäischen Verhältnis. Vor einem Jahr habe ich ausführlich die schweren Versäumnisse dargestellt, die beim Umgang mit der Bundeswehr gemacht worden sind. Ich will sie nicht im Detail analysieren, denn ich müsste mich leider Punkt für Punkt wiederholen. Kein einziges Manko hat sich verbessert.

Der entscheidende Punkt bleibt ohnehin der gleiche: Die deutsche Bundesregierung weigert sich, aus ihren Unterschriften in Washington (NATO 1999: Defense Capabilities Initiative), Helsinki (EU/ESVP 1999: European Headline Goal) oder Prag (NATO 2002: Prague Capabilities Commitment) die politischen Konsequenzen zu ziehen. Sie tritt nicht vor die Bürger und wirbt nicht um Zustimmung für mehr Mittel für die äußere Sicherheit. Das einwohnerreichste und wirtschaftlich stärkste Land leistet den geringsten Beitrag. Deutschland ist mittlerweile Schlusslicht in Europa, wenn man von Island und Luxemburg absieht. Es ist keine Konstellation denkbar, in der der europäische und der transatlantische Sicherheitsverbund diese Situation auf Dauer ohne Schaden überstehen kann.

Was also sind vor diesem Hintergrund aus meiner Sicht Deutschlands Interessen und Deutschlands Verantwortung - auch ganz konkret mit Blick auf dem aktuellen Irak-Konflikt?

Erstens: Auf dem Gipfel in Prag haben alle NATO-Mitglieder ihre Unterstützung für die UN-Resolution 1441 gegen den Irak erklärt - ohne Vorbehalt oder Begleitbrief oder dergleichen. Die Resolution kündigt Saddam Hussein an, dass er bei weiterem Verstecken seiner Massenvernichtungswaffen als letztes Mittel mit militärischen Zwangsmaßnahmen zu rechnen hat. Nur solange diese Drohung glaubhaft bleibt, besteht Hoffnung auf ein rechtzeitiges Nachgeben Saddams. Wer nach der Zustimmung zu 1441 erklärt, die Drohung dürfe nicht ernst gemeint sein, der ermutigt den Diktator und macht im Ergebnis nicht den Frieden sicherer, sondern den Krieg wahrscheinlicher. Das ist unverantwortliche Politik und nicht in deutschem Interesse.

Zweitens: Ich begrüße jedes politische Vorhaben, dass die USA auf dem Weg des Multilateralismus hält. Auch die größte Supermacht wird auf Dauer auf verlässliche Partner und ein internationales Regelwerk angewiesen sein.

Wer aber für den multilateralen Weg wirbt, der darf wie Deutschland nicht als erstes für sich selbst den multilateralen Weg ausschließen. Der Vorwurf des Alleinganges trifft den Absender. Wer ohne Konsultation den Kurs verkündet, die Haltung aller anderen Länder und damit auch die der europäischen Partner sei letztlich irrelevant, der vergeht sich an der europäischen Einigung. Die europäische Einigung und die Absage an Sonderwege jedweder Art aber ist die raison d'être des demokratischen Deutschlands nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs.

Wer den Brief der Acht kritisiert, der sollte Ursache und Wirkung sorgfältig auseinander halten. Ich sage nachdrücklich für die CDU: Unter unserer Regierungsverantwortung hätte Deutschland den Brief der Acht unterzeichnet. Aber ich füge hinzu: Mit einer Politik in der Tradition Helmut Kohls wäre es erst gar nicht zu dieser Situation gekommen.

Drittens: Wer militärische Zwangsmaßnahmen gegen den Irak auf jeden Fall ausschließt und versucht, den Gang der Dinge in diese Richtung zu lenken, der muss auch bereit sein, die Verantwortung für den Fall zu übernehmen, dass seine Politik der rein politischen Eindämmung fehlschlägt. Für mich ist dabei offensichtlich, dass die radikalen Kritiker des amerikanischen Weges im Irak-Konflikt nicht in der Lage sind, die volle Verantwortung für die möglichen Folgen ihres Tun und Lassens zu übernehmen. Ich sage ganz deutlich: Das kann für mich keine verantwortliche Politik sein.

Für die Union in Deutschland gilt deshalb: Die UNO ist der Ort der Entscheidungen. Wir unterstützen den Weg, den der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1441 beschlossen hat, ohne jeden Vorbehalt. Wir sehen, dass die Bedrohung, die von Saddam Hussein für den Weltfrieden ausgeht, trotz der Inspektionen zurzeit immer noch nicht beseitigt ist. US-Außenminister Powell hat das am Mittwoch im UN-Sicherheitsrat überzeugend dargelegt. Wir halten es für zwingend, dass die USA und ihre Verbündeten alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Entwaffnung Saddam Husseins ausnutzen.

Wenn am Ende aber die friedliche Entwaffnung fehlschlagen und als letztes Mittel nur die angedrohten Zwangsmaßnahmen verbleiben sollten, dann befürworten wir um der internationalen Sicherheit und der Autorität der UN-Charta willen auch ein militärisches Vorgehen. Deutschland sollte sich in diesem Fall nach seinem Vermögen und in europäischer und transatlantischer Abstimmung beteiligen. Das bedeutet, dass auf jeden Fall die ABC- Spürpanzer in Kuwait die dortigen US-Truppen schützen und die Türkei den erbetenen Schutz mit AWACS-Flugzeugen und Patriot-Luftabwehrraketen erhält.

Meine Damen und Herren, wir alle sind uns bewusst, dass jeder Weg in der Irak-Krise große Risiken birgt. Es handelt sich um eine sehr, sehr schwere Abwägungsfrage. Niemand sollte dem anderen Bedenkenlosigkeit unterstellen. Der Frieden ist ein überragendes Gut. Aber man darf auf keinen Fall den geschützten Frieden der Zukunft gegen den trügerischen Frieden des Tages eintauschen. Deshalb wird in den nächsten Jahren vor uns allen die Aufgabe liegen, auf die neuen Bedrohungen unserer Zeit die angemessene Antwort im Rahmen des Völkerrechts zu finden und zu geben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung zum deutsch-amerikanischen Verhältnis machen. Für mich ist die enge Partnerschaft und Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ebenso eine Grundessenz deutscher Staatsvernunft, wie es die europäische Integration ist. Die Partei, die ich führe, hat nicht vergessen, dass mein Land Freiheit, Frieden und Einheit ganz wesentlich dem Engagement und dem Vertrauen der USA in das demokratische Deutschland verdankt.

Ich sage aber auch, dass die deutsch-amerikanische Partnerschaft zu lange allein mit Dankbarkeit begründet wurde. Dankbarkeit ist eine wichtige Kategorie, aber nicht die alleinige. Heute geht es vielmehr auch um die Definition eigener Interessen. Diese Definition kann für mich nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens erfolgen. Darauf hat US-Außenminister Powell in seiner Rede beim World Economic Forum in Davos, das unter dem Titel "Building Trust" stand, zu Recht hingewiesen.

Vertrauen und die Definition eigener Interessen - beides ist mir gerade mit Blick auf die junge Generation wichtig, die die Schrecken des Zweiten Weltkrieges nur noch aus den Geschichtsbüchern kennt. Und beides ist mir gerade auch mit Blick auf die junge Generation in Ostdeutschland wichtig, die die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika persönlich erst seit gut einem Jahrzehnt erfahren und erleben kann.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass in diesem Geiste die nächsten Schritte für die Lösung des Irak-Konfliktes in gemeinsamer Abstimmung gegangen werden müssen. Und ich bin auch überzeugt davon, dass in diesem Geiste die transatlantische Partnerschaft auch in Zukunft zum Wohle der Menschen gestaltet werden kann. Eine verantwortbare Alternative zu diesem Weg gibt es nicht.

Ich danke Ihnen.